

4. Welche Bedeutung messen Sie der Erinnerungskultur zum Erhalt demokratischer Grundrechte bei? Zahlreiche Archive bieten sich den Schulen als außerschulischer Lernort für die öffentliche Erinnerungskultur an. Mit welchen Maßnahmen sollen Schulen mehr Raum für eine Zusammenarbeit mit Archiven erhalten?

Bündnis90/Die Grünen:

Eine wehrhafte Demokratie kann ohne Erinnerungsarbeit nicht bestehen. Das gilt in Deutschland mit Blick auf den Nationalsozialismus in besonderem Maße, beschränkt sich aber nicht allein darauf. Die Verzahnung des Unterrichts aber auch des Ganztagsangebots mit außerschulischen Bildungsangeboten bietet große Chancen. Die Schulen haben bereits Freiräume, außerschulische Lernorte einzubeziehen und die Möglichkeit wird auch genutzt. Gerade bei Projektarbeiten werden auch die kommunalen Archive einbezogen. Durch eine Stärkung der (inter)kommunalen Archivarbeit können die Fachkräfte hierbei besser beraten und unterstützen.

CDU:

Die Archive als „Gedächtnisse“ sind eine der Schlüsselinstitutionen zur Erinnerung an die Vergangenheit, für die Erlebarmachung der Geschichte und für den Erhalt von Kulturgütern landesweit. Damit leisten sie einen Beitrag zur Bewahrung des kulturellen Erbes der Menschheit. Ohne die sichere Verwahrung und Zugänglichmachung von Schriftstücken, Dokumenten und Akten kann es keine Erinnerungskultur geben. Und nur mit einer fundierten Erinnerungskultur können wir eine Hilfe für die Orientierung in der Gegenwart und in der Zukunft finden. Auch im Sinne der langfristigen Erhaltung der Rechtssicherheit sind Archive zentrale Einrichtungen. Im Rahmen der Überarbeitung der Fachanforderungen, durch eine gute Unterrichtsversorgung und ausreichend qualifizierte Lehrkräfte wollen wir den Schulen die Freiräume geben, diese Erinnerungsorte zu besuchen. Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Lernorten wollen wir ausbauen, insbesondere auch im Ganztage (s. S. 6f, S. 11ff unseres Wahlprogrammes).

FDP:

Die Archive sind das Gedächtnis Schleswig-Holsteins. Wer sich sowohl mit der Landesgeschichte als auch den eigenen geschichtlichen Hintergründen auseinandersetzen kann, wird eine bessere Einordnung der Ereignisse der Gegenwart vornehmen können. Die Entwicklung der Demokratie in Deutschland hatte keinen linearen Verlauf und war von Rückschlägen geprägt; darüber zu informieren ist Aufgabe der Gedenkstätten und Archive. Wir unterstützen Schulen darin, diese Orte als außerschulische Lernorte wahrzunehmen. Wir wollen, dass die Schulen selbst über den Umfang und die Art der Begegnung mit Gedenkstätten und Besuchen in Archiven entscheiden können. Dies gilt auch für die Vor- und Nachbereitung des dort Erlebten. Wir wollen außerdem neue Zugänge in der Erinnerungskultur schaffen, um unsere Demokratie zu stärken und einen Besuch für die Schulen attraktiver zu gestalten. Die Entwicklung einer transnationalen Erinnerungskultur, aber auch die digitale und interaktive, erlebnisorientierte Neukonzeption der Angebote müssen vorangetrieben werden. Allgemein

gilt es, eine finanzielle Stärkung der Gedenkstätten und der Erinnerungsarbeit voranzutreiben, um auch für die digitale Ausgestaltung und Präsenz der Gedenkstätten zu sorgen.

SPD:

Nach vielen Jahren des Totschweigens haben wir in Schleswig-Holstein nach unserer Regierungsübernahme 1988 Maßstäbe bei der Aufarbeitung der Vergangenheit gesetzt und die Forschung gefördert, besonders durch die Gründung des ehemaligen IZRG. Der Landtag hat inzwischen zwei Studien in Auftrag gegeben, in denen die Kontinuitäten zwischen dem Nationalsozialismus und der Landespolitik und -verwaltung aufgearbeitet wurden. Die Gedenkstätten arbeiten mit unseren Schulen eng zusammen. Natürlich kommt im Rahmen von Projektarbeiten u. a. auch eine Zusammenarbeit mit Archiven in Frage. Das „Lernen am anderen Ort“ sollte nach unserer Auffassung in der Zukunft einen höheren Stellenwert erhalten, weil wir in der kommenden Legislaturperiode die Ganztagsangebote und die Gebundenen Ganztagschulen deutlich ausweiten wollen. Die Benutzbarkeit von Archiven hängt natürlich entscheidend davon ab, wieweit ihre Bestände digital erschlossen sind und auch aus der Distanz genutzt werden können.

SSW:

Unsere Archive bewahren unsere Kultur und fungieren gewissermaßen als Gedächtnis unseres Landes. Sie sichern aber auch die Transparenz von Verwaltungshandeln und haben so eine aktive Rolle bei der Kontrolle und Sicherung des Rechtsstaates inne. Diese Aspekte würden wir gerne auch in den Schulen vermitteln, in denen Archive womöglich noch einen etwas anderen Ruf haben. Wir würden daher gerne mehr Stellen schaffen, die die Arbeit der Archive pädagogisch vermitteln. Über pädagogische Maßnahmen können die Archive die Struktur für Forschendes Lernen am Dritten Ort liefern und bspw. auch in Ferienprogramme, Angebote im Ganztage und Projekttag einbezogen werden. Hier könnten sich Forschungstage für Schulen etablieren, Familienforschung für Kinder oder auch vermehrt Exkursionen und Seminare für Studierende insbesondere in Studiengängen wie Geschichts- und Rechtswissenschaft oder Europäische Ethnologie/Volkskunde.